

## INTERVIEW

mit Erika Edelbacher (Landesvorsitzende bis 30. April 2016)  
und Christian Pandion (geschäftsführender Landesvorsitzender seit 1. Mai 2016)  
Mag. Martina Glatz (Musikschullehrerausschuss-Vorsitzende)

Younion Niederösterreich  
1210 Wien, Karl-Waldbrunner-Platz 1/2  
Montag, 30. Mai 2016, 10:30 Uhr

## PERSÖNLICHER WERDEGANG

**Martina Glatz:** Vielen Dank, dass ihr euch für ein Gespräch speziell zum Thema Musikschulen zur Verfügung stellt! Könnt ihr ein wenig über euren persönlichen Werdegang erzählen?

**Erika Edelbacher:** Mein Werdegang begann - wie auch in vielen Betriebsräten von großen Firmen üblich - im Jugendvertrauensrat. Ich habe beim Magistrat Wr. Neustadt gelernt und im Alter von 17 Jahren den ersten Jugendvertrauensrat in der Stadt gegründet. Dann bin ich in die Ortsgruppe integriert worden. Damals gab es nur Gewerkschaftsvertreter in den Kommunen, noch keine Personalvertreter. Das Personalvertretungsgesetz ist erst 1986 in Kraft getreten. Seither war ich auch in der Personalvertretung - und zwar bis heute. In der Ortsgruppe kam ich zunächst als Schriftführerin in den Vorstand. 1990 habe ich vom damaligen Spitzenkandidaten, also Listenersten, den Vorsitz übernommen, da dieser nach der Wahl zurückgetreten ist, und wurde gleichzeitig Vorsitzende des Personalvertreterausschusses und der Ortsgruppe, sowie in weitere Folge der Bezirksgruppe und der Landesleitung, wie dieses Gremium damals geheißen hat. Ich bin nicht in eine Funktion gekommen, weil ich eine Frau bin, und auch nicht *n i c h t* in eine Funktion gekommen, weil ich eine Frau bin.

**Martina Glatz:** Warum hast du begonnen, dich gewerkschaftlich zu engagieren? Hat es einen konkreten Anlass gegeben oder eher eine ‚Vision‘?

**Erika Edelbacher:** Meine persönliche Voraussetzung liegt in etwas, das ich gerne als „Robin Hood Syndrom“ bezeichne. Bei dir sehe ich das ähnlich ausgeprägt. Man stellt sich als Interessensvertreter zur Verfügung, weil einen irgendwo etwas kratzt. Mit 17 Jahren hat man keinen konkreten Anlass. Ich wollte einfach für die Anderen da sein. Ich nenne das „Robin Hood Syndrom“ - und manchmal kommt mir vor, als könnte das wirklich nicht ganz gesund sein. Mein Sohn war damals immerhin erst 9 Jahre alt, und ich habe ihn allein aufgezogen.

**Martina Glatz:** Welchen Bezug hast du zu Bildung und Kultur im Allgemeinen und zum Musikschulwesen im Besonderen?

**Erika Edelbacher:** Selbst bin ich keine Kulturschaffende. Ich kam hauptsächlich berufsbedingt mit Kultur in Berührung. Einen Zugang zum Musikschulwesen habe ich erst bekommen, als ich als Personalvertretungs-Vorsitzende auch für die Musikschule zuständig war. Damals hatte die Stadt Wr. Neustadt noch ein Konservatorium. Ich habe relativ rasch gespürt, welche spezifischen Probleme in diesem Bereich auftreten können - wobei mir aufgefallen ist, dass Musikschullehrer oft zwei Persönlichkeiten beinhalten und einerseits Lehrer und andererseits Künstler sind. Vor allem wenn sie mehr Künstler sind, haben sie manchmal eine andere Sichtweise auf die Realität als etwa ein Arbeiter am Bauhof. Wenn man einen Zentralausschuss leitet, ist man für viele Bedienstete verantwortlich und deckt viele Bereiche ab: Bauhof, Müllabfuhr, Raumpflege, Gärtnerei, Wasserwerk, Krankenhaus, Verwaltung, Verkehrsbetrieb usw. Wenn man für so viele Dinge zuständig ist, kann man nicht einzelne hervorheben, auch wenn sich das eine oder andere Klientel das vielleicht wünschen würde.

**Martina Glatz:** Vielleicht gibt es in manchen Berufsgruppen auch einfach mehr Probleme als in anderen?

**Erika Edelbacher:** Das kann natürlich auch vorkommen!

**Martina Glatz:** Um auf dein „Robin Hood Syndrom“ zurückzukommen: Entsprechen die Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaft in der Realität nach deiner nunmehr langjährigen Erfahrung deinen damaligen Vorstellungen?

**Erika Edelbacher:** Ja, auf jeden Fall! Als ich Vorsitzende geworden bin, habe ich gemerkt, dass mit der Funktion ein gewisser Machtfaktor verbunden ist. Ich möchte die Macht nicht in den Vordergrund stellen, aber man spielt auch ein Instrument - wenn auch kein Musikinstrument. Man hat durchaus Einfluss auf das Geschehen, speziell innerhalb einer Kommune. In der Position, in der wir beide uns befinden, hat man nicht unbedingt Einfluss auf die ‚große Politik‘. Dazu müsste man auf einer anderen Ebene tätig sein, etwa als Bundesvorsitzender oder ÖGB-Präsident.

**Martina Glatz:** Vielen Dank für deine persönlichen Auskünfte! Darf ich mich hiermit mit denselben Fragen an deinen Nachfolger wenden?

**Christian Pandion:** Vieles deckt sich ohnehin mit dem, was Erika bereits gesagt hat - nicht zuletzt da wir ja auch schon länger zusammenarbeiten. Zu meinem persönlichen Werdegang: Ich bin 1982 zur Stadt St. Pölten gekommen, habe im Buchhaltungs- und Rechnungsdienst begonnen, bin 1986 Gewerkschafts- und Personalvertretungsfunktionär geworden, jedoch noch bis 2002 auf der Dienststelle beschäftigt gewesen. 2002 habe ich die Zentral-Personalvertretung übernommen - und bin seither dienstfrei gestellt - und 2004 die Gewerkschafts-Ortsgruppe und Bezirksgruppe St. Pölten. Seit 2006 war ich Erikas Stellvertreter im Landesvorstand und damit auch im Präsidium, und seit 1. Mai bin ich geschäftsführender Vorsitzender der Landesgruppe Niederösterreich. Außerdem bin ich Vorsitzender der FSG-Fraktion.

**Martina Glatz:** Was heißt geschäftsführender Vorsitzender?

**Christian Pandion:** Der oder die Landesvorsitzende wird bei der Landeskonferenz gewählt. Die letzte Landeskonferenz war 2014, die nächste Landeskonferenz wird 2019 stattfinden. Bis dahin habe ich die Geschäftsführung übernommen. Dann wird wieder gewählt.

**Martina Glatz:** Was ist deine Motivation, diese Funktionen zu übernehmen?

**Christian Pandion:** Als Gewerkschaftsfunktionär hat man die Möglichkeit, von der Basis weg etwas zu beeinflussen. Wir können in den Gemeinden unsere Dienstgeber beeinflussen, die wiederum Einfluss auf Landesebene ausüben - bis hinauf zum Bund. Das ist ein Machtfaktor, der nicht zu vernachlässigen ist. Die Basis kann jedoch auch direkt viel bewegen, zum Beispiel durch Protestaktionen wie jene, die wir letztes Jahr gestartet haben. Die Faszination dieser Bedeutung der Basis ist für viele Gewerkschaftsfunktionäre der Antrieb, sich als Interessensvertreter zu engagieren.

**Martina Glatz:** Welchen Bezug hast du zu Bildung, Kultur und Musikschulwesen?

**Christian Pandion:** Ebenso wie Erika habe auch ich eine riesengroße Musikschule in meinem Hoheitsgebiet. Daher bin ich seit 1986 mehr oder weniger intensiv mit den Problemen konfrontiert - wobei diese Beschäftigung in den letzten fünf bis zehn Jahren immer intensiver geworden ist, ganz einfach weil das Land über die Fördermittel immer mehr Einfluss auf die Kommunen ausübt. Selbst bin ich nicht musikalisch tätig, sondern mehr als Hobby-Maler. Aber wir haben in St. Pölten stets engen Kontakt zu den Musikschullehrern gepflegt und waren eine der ersten Ortsgruppen - wie auch Wr. Neustadt - die Funktionäre in den Dienststellenausschuss und in die Gewerkschaft geholt haben. Es schadet nicht, wenn diese sich dadurch auch mit den Anliegen der anderen

Gemeindebediensteten auseinandersetzen. Leider gestaltet sich die Teilnahme der Musikschullehrer terminlich manchmal als schwierig, weil wir unsere Sitzungen ansetzen, wenn die meisten Funktionäre Zeit haben, also nachmittags, wenn die Musikschullehrer im Unterricht sind.

#### ORGANISATIONSSTRUKTUREN DER GEWERKSCHAFT

**Martina Glatz:** Vielen Dank für deine persönlichen Eindrücke! Mein zweiter Fragenkomplex beschäftigt sich mit den Organisationsstrukturen der Gewerkschaft: Die Antwort auf die erste der geplanten Fragen, wie man Landesvorsitzender der Younion Niederösterreich wird, hast du ja bereits vorweg genommen: Durch einen Werdegang von der Ortsgruppe zur Bezirksgruppe und zum Landespräsidium und letztendlich durch eine Wahl bei der Landeskonzferenz alle fünf Jahre! Für wen ist man in dieser Position zuständig?

**Christian Pandion:** Grundsätzlich für alle niederösterreichischen Gemeindebediensteten, insbesondere natürlich für die Mitglieder. Das sind rund 22.000 Gemeindebedienstete in Niederösterreich, und davon sind rund 12.500 gewerkschaftlich organisiert.

**Martina Glatz:** Gehören nicht auch die freischaffenden Musiker und Künstler der Younion an - jenem Bereich, der früher „KMSfB“ geheißen hat, nachdem sich die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit der Gewerkschaft „Kunst, Medien, Sport, freie Berufe“ zusammengeschlossen hat?

**Christian Pandion:** Ja, diese Kollegen sind in den Wiener Hauptgruppen vertreten, und zwar in der Hauptgruppe VIII, denn in Wien gibt es die meisten Mitglieder in diesen Bereichen, zum Beispiel in Theatern, im Rundfunk etc. Wir haben aber auch bei uns im Präsidium eine Kontaktperson.

**Martina Glatz:** Ist man als Vorsitzender bei der Gewerkschaft angestellt, oder ist diese Funktion ein Ehrenamt?

**Christian Pandion:** Ich bin wie gesagt seit 2002 dienstfrei gestellt, jedoch nach wie vor beschäftigt bei der Stadt St. Pölten - ebenso wie Erika bei der Stadt Wr. Neustadt. Wir sind keine Angestellten des ÖGB. Wir beziehen unsere Gehälter weiterhin von den Städten, die unsere Dienstgeber sind.

**Martina Glatz:** Also übt ihr eure Gewerkschaftstätigkeit quasi zusätzlich zu eurer Personalvertretungstätigkeit aus, für die ihr freigestellt seid!

**Christian Pandion:** Ja, die Freistellung erfolgt aufgrund einer Bestimmung des Personalvertretungsgesetzes.

**Erika Edelbacher:** Die Freistellung ist gestaffelt nach Anzahl der Bediensteten, für die die Personalvertretung zuständig ist: Ab 150 Bediensteten wird einer, ab 700 Bediensteten werden zwei, ab 1000 Bediensteten vier Personalvertreter freigestellt...

**Martina Glatz:** Nun eine Frage, die wir Musikschullehrer selber immer noch häufig, aber nicht allzu gerne zu hören bekommen: Was macht ihr ‚hauptberuflich‘?

**Erika Edelbacher:** Ich habe mit einer Lehre als Bürokaufmann in Wr. Neustadt begonnen, war Bedienstete der Hoheitsverwaltung und Referatsleiterin der Hauptkanzlei. Das ist heute anders organisiert als damals. Diese Hauptkanzlei gibt es nicht mehr. Ich wurde in dieser Position freigestellt und darf keine Minderung meines Gehalts erfahren, bekomme aber natürlich auch nicht mehr bezahlt, weil ich Personalvertreterin bin. Also ich bin Bürobedienstete.

**Christian Pandion:** Ich war Referatsleiter fürs Steueramt und wurde als solcher dienstfrei gestellt. Aber auch diesen Posten gibt es nicht mehr, da sich inzwischen die Geschäftsordnung geändert hat.

Auch ich dürfte bei einer Rückkehr in den aktiven Dienst keine Schlechterstellung erfahren. Wohin man mich in so einem Fall versetzen würde, ist schwer zu sagen.

**Martina Glatz:** Welche Rolle spielt Parteipolitik in der Gewerkschaft und für eure Tätigkeit?

**Erika Edelbacher:** Die Gewerkschaft ist eine überparteiliche Institution - das ist sehr wichtig! Aber wir haben natürlich Weltanschauungen, die in den Fraktionen repräsentiert sind.

**Christian Pandion:** Die politische Rolle ist nicht außer Acht zu lassen: Unsere unmittelbaren Dienstgeber (Bürgermeister, Gemeinderäte, ...) sind schließlich Politiker! Die politischen Einflüsse können sich - wie man am Beispiel Wr. Neustadt kürzlich gesehen hat - bei Wahlen von einem Tag auf den anderen ändern, was auch auf die Tätigkeit einer Personalvertretung große Auswirkungen haben kann. Ein politisches Bekenntnis ist wichtig, um Netzwerke aufzubauen und auch als Interessensvertretung etwas ‚weiterzubringen‘. Das gestaltet sich natürlich insbesondere in einer SPÖ-dominierten Kommune innerhalb eines ÖVP-dominierten Landes schwierig, vor allem im Hinblick auf die Lukrierung der notwendigen Fördermittel. Da steckt viel politische Arbeit und Fingerspitzengefühl dahinter.

**Erika Edelbacher:** Innerhalb der Gewerkschaft haben wir über 80 % Sozialdemokraten (FSG) und etwa 20 % Christliche Gewerkschafter (FCG). Andere Listen gibt es nur ganz vereinzelt. Wenn wir Verhandlungen, etwa Dienstrechtsverhandlungen, mit dem Land Niederösterreich führen, sitzen sich rot-schwarz und schwarz-rot gegenüber. Die Politik in Niederösterreich ist schwarz dominiert mit wenigen Roten, und wir sind rot dominiert mit weniger Schwarzen darunter. Dieses Verhältnis in den Verhandlungen hat uns manchmal zu spüren gegeben, was Macht bedeuten kann.

**Martina Glatz:** Nachdem es schwierig werden wird, deinen Gesichtsausdruck schriftlich wiederzugeben: Im positiven oder im negativen Sinn?

**Erika Edelbacher:** Nicht im positiven!

**Christian Pandion:** Es kann allerdings auch spannend sein, wenn sich bei Verhandlungen im eigenen Hoheitsbereich rot und rot gegenüber sitzen.

**Erika Edelbacher:** Im Vergleich zu Betrieben mit Kollektivverträgen haben diese Verhandlungen bei uns direkte Auswirkungen auf das Dienstrecht, das ja auf Landesebene beschlossen wird - und das trägt in Niederösterreich eindeutig die Handschrift der ÖVP! In einer meiner ersten Verhandlungen haben wir beispielsweise um's Musikschulgesetz gekämpft. Wir, das waren der frühere Landessekretär Friedrich Kourimsky, Franz Leidenfrost und ich. Damals waren bereits die Jahresarbeitszeit-,Töpfe' angedacht. Im Gespräch hat der schwarze Gemeindevertreterverbands-Präsident Alfred Riedl seine Mappe zugeschlagen und damit gerechnet, dass wir daraufhin nachgeben würden. Ich habe jedoch auch meine Mappe zugeschlagen, und wir sind aufgestanden und gegangen. Ich weiß nicht, ob das gut oder schlecht war, aber ich bin halt so veranlagt. Seither war die Gesprächsbasis zwischen dem GVV-Präsidenten und mir jedenfalls beeinträchtigt, und wir mussten um vieles kämpfen. Daher hoffe ich, dass Christian nun vielleicht einen besseren Zugang zum Gemeindevertreterverband findet.

**Martina Glatz:** Sollte man nicht gerade als Gemeindevertreter die Interessen der Gemeinden und damit auch die Interessen der Gemeindebediensteten im Auge haben?

**Christian Pandion:** Theoretisch ja.

ANLIEGEN DER MUSIKSCHULLEHRER

**Martina Glatz:** Apropos Interessen der Gemeindebediensteten: Was glaubt ihr, sind die wichtigsten Anliegen der Musikschullehrer?

**Erika Edelbacher:** Ich glaube, das Hauptproblem besteht darin, dass nur wenige vollbeschäftigt und viele dauernd auf ‚Reisen‘ sind. Manche Musikschullehrer brauchen bis zu vier Musikschulen, um von ihrem Beruf leben zu können. Das ist ein großes Problem.

**Christian Pandion:** Ich glaube, das größte Problem ist die Ungewissheit, jedes Schuljahr aufs Neue nicht zu wissen, wie viele Schüler und wie viele Stunden man haben wird. Das ist einer der Hauptpunkte, wo wir Handlungsbedarf seitens der Gewerkschaft und der Personalvertretungen sehen. Das wird ein großes Problem, weil die Kommunen ihre tollen Musikschulen zwar zu schätzen wissen, aber oft auf der Strecke bleiben, wenn sie sich um's Geld anstellen, und leider geht es letzten Endes nur darum: Wenn genug Geld da ist, muss man sich nicht bei jeder Abmeldung Sorgen machen, oder um Erwachsenentarife usw. Das ist nicht nur für die Dienstnehmervertretung unangenehm, auch die Dienstgebervertreter sind mit dieser Situation oft sehr unzufrieden. Irgendwann wird sich das Land entscheiden müssen: Entweder es übernimmt die Musikschulen, oder es gibt den Kommunen das Geld, damit sie etwas aus ihren Musikschulen machen können. Eine ähnliche Situation haben wir schon bei den Krankenhäusern gehabt. Auch im Musikschulwesen sollte man Farbe bekennen und sagen, wo die Musikschulen hingehören: Sollen sie Dienststellen des Landes sein, dann muss sich das Land darum kümmern. Oder sie bleiben bei den Kommunen, dann muss aber auch der finanzielle Rückhalt gegeben sein.

**Martina Glatz:** Auf der Younion-Homepage ist in dem Artikel über eure Amtsübergabe gestanden, dass ein neues Besoldungsrecht verhandelt werden soll. Ein Kollege, der diesen Text gelesen hat, wollte wissen, ob das auch uns Musikschullehrer betrifft?

**Christian Pandion:** Wir versuchen schon länger, ein Dienstrecht zu bekommen, in dem die Musikschullehrer als vollständiger Bestandteil enthalten sind. Derzeit sind für Musikschullehrer 17 Gesetze in Anwendung.

**Martina Glatz:** Nur 17? Mir sind es zuletzt mehr vorgekommen!

**Christian Pandion:** Dieser Zustand ist nicht nur für die Interessensvertreter unzumutbar. Eine Reform des Besoldungsrechts ist dringend nötig, wird übrigens auch von der FCG gefordert, und sollte nach Möglichkeit auch alle nötigen dienstrechtlichen Bestimmungen für Musikschullehrer beinhalten.

**Martina Glatz:** Der betreffende Kollege hat argumentiert, dass vor einigen Jahren eine Studie durchgeführt wurde, bei der herausgekommen ist, dass wir bereits damals mindestens so viel wie gesetzlich vorgesehen gearbeitet haben, und dass in den letzten Jahren etliche Anforderungen und damit zusätzliche Tätigkeiten dazu gekommen sind: Mitarbeitergespräche, Hospitationen, interne Fortbildungen, aufwendige Übertrittsprüfungen, immer mehr Wettbewerbe, Veranstaltungen, usw. usf. Wir haben weniger das Gefühl, weniger bezahlt zu bekommen, als für dasselbe Geld immer mehr und mehr arbeiten zu müssen! Vielleicht kannst du dieses Argument ja verwenden?!

**Christian Pandion:** Ich kann derzeit noch nicht sagen, wann diese Verhandlungen beginnen werden. Wir müssen einmal einen ‚Fahrplan‘ festlegen, wie man in die Verhandlungen einsteigen soll. Aber der Einstieg ist für das nächste halbe Jahr geplant. Ich habe das Gefühl, dass die Dienstgeber bereit sind, über dieses Thema zu reden, und die Musikschullehrer werden auf jeden Fall mit berücksichtigt werden.

**Martina Glatz:** Ein weiteres wichtiges Thema, das zwar nicht auf Landesebene verhandelt werden kann, aber unseren Berufsstand ebenfalls massiv gefährdet, ist die Forcierung der ganztägigen Schulformen. Bei allen Bemühungen der Schulen, miteinander zu kooperieren, sind wir noch weit entfernt oder wird es womöglich sehr schwer werden, die Art von Unterricht umzusetzen, die wir derzeit in den Musikschulen anbieten. Ich nehme als Beispiel Wr. Neustadt, da ich mich in dieser Region auskenne: Wr. Neustadt ist eine Schulstadt mit sehr vielen vor allem höheren Schulen. Der

Bezirk Wr. Neustadt und der Einzugsbereich dieser Schulen sind riesig, und es gibt darin etliche Musikschulen. Wenn alle Musiksüler dieser Musikschulen plötzlich ihren Musikschulunterricht in ihren jeweiligen Schulen in Wr. Neustadt erhalten würden - also nicht Musikunterricht in einer Gruppe, sondern vorwiegend Einzelunterricht auf ihrem Instrument: Wie soll sich das jemals ausgehen? Und was soll dann aus dem kulturellen Leben in den Gemeinden werden? Dabei sind wir von einer Integration des Musikschulunterrichts in den Regelschulbereich noch meilenweit entfernt. Es gibt zwar gut funktionierende Schulkooperationen im Sinne von Ensemble- oder Klassenunterricht, aber das hat ja mit unserem ‚Kerngeschäft‘ nichts zu tun! Wenn die Ganztagschulen weiter um sich greifen und wir nicht integriert werden, wird es unseren Beruf bald nicht mehr geben: Denn wenn unsere Schüler frühestens um 16:30 oder 17:00 in die Musikschule kommen können, reicht das Zeitfenster bis zur Nachtruhe zumindest nicht mehr für eine wenigstens potentielle Vollbeschäftigung.

**Christian Pandion:** Wie siehst du das Thema Begabtenförderung? In meiner Gemeinde ist das ein sehr heikles Thema. Das Land scheint bei der Finanzierung immer mehr in Richtung Spitzenförderung gehen zu wollen.

**Martina Glatz:** Ich finde das sehr kurzichtig, denn Breitenförderung und Begabtenförderung bedingen einander. Wenn man nur die derzeitige Spitze ausbeutet und nicht gleichzeitig für genügend Nachwuchs sorgt, wird es keine gesunde Entwicklung und damit bald auch keine Spitze mehr geben.

**Christian Pandion:** Wenn nur mehr die Talente gefördert werden sollen, können die Kommunen jedenfalls bald zusperren, denn so viele Hochbegabte haben wir nicht, und zu viel Druck wollen weder die Schüler noch die Eltern.

#### UNTERSTÜTZUNG DER MUSIKSCHULLEHRER

**Martina Glatz:** Es gibt wirklich viele Herausforderungen, die uns im Musikschulwesen beschäftigen. Habt ihr Ideen, wie wir die Musikschullehrer am besten unterstützen können?

**Erika Edelbacher:** Am besten können wir sie unterstützen, wenn sie Mitglieder sind. Denn nur dann wirkt sich alles, was der Landesvorstand angeht, unmittelbar aus. Je mehr Kraft wir haben, umso besser können wir etwas erreichen. Als die Krankenhäuser noch zu uns gehört haben, hatten wir noch 25.000 Mitglieder. Das war ein anderer Faktor, den ich bei den Verhandlungen eingebracht habe, als wenn ich jetzt hingehe mit 12.500. Allein, dass unsere Verhandlungspartner erkennen, diese Gruppe organisiert sich und bekennt sich damit zur gemeinsamen Sache, macht einen großen Unterschied.

**Christian Pandion:** Was wir beitragen können, sind zum Beispiel Informationsveranstaltungen. Ich schlage vor, einmal im Jahr einen landesweiten Tag für die Musikschullehrer zu machen. Ich stelle bei meinen Musikschullehrern fest, dass ich sie kaum sehe und sie auch untereinander schwer zusammenfinden - außer vielleicht bei zwei Konferenzen im Jahr - weil jeder an verschiedenen Standorten zu verschiedenen Zeiten arbeitet. Das diese Gruppe organisatorisch so zersplittert ist, ist sehr schade.

**Martina Glatz:** Wir haben bisher versucht, den Kollegen entgegen zu kommen und zu Stammtischen in allen Regionen eingeladen - je nach Ort und vor allem Termin mit unterschiedlichem Erfolg. Aber wir können es ja nächstes Mal mit einem zentralen, landesweiten Tag versuchen.

**Christian Pandion:** Bevor es zu Verhandlungen über das Besoldungsrecht im Detail kommt, müssen wir möglichst viel über die jeweiligen Berufe und deren Rahmenbedingungen und Anliegen wissen.

**Martina Glatz:** Ich würde ansetzen bei einer Reduzierung der Lehrverpflichtung - wie in anderen Bundesländern - bei gleichbleibendem Gehalt. Viele Kollegen kommen immer näher ans Burnout.

**Erika Edelbacher:** Die Besoldungsreform 1998 hat 10 Jahre in Anspruch genommen. Nachdem die Dienstgeberseite auch eine Reform will, hoffe ich, dass es nicht so lange dauern wird. Aber es kann ein weiter Weg werden.

**Christian Pandion:** Wenn es zu einer Reform kommt, muss diese ja auch wieder einige Zeit lang tragfähig sein.

**Martina Glatz:** Wir werden im Musikschullehrerausschuss über die Chancen und Risiken sprechen. Welche Möglichkeiten haben Interessensvertretungen eigentlich in der Theorie und in der Praxis? Wie sieht es beispielsweise aus mit Personalvertretungen? Im Musikschulwesen gibt es sehr viele Verbände, die eigene Personalvertretungen gründen müssten. Wir haben zur letzten Wahl extra eine Broschüre veröffentlicht mit einer Anleitung dazu und vielen Praxistipps und damit schon etlichen Personalvertretungen auf die Welt geholfen. Dennoch kommt es vor, dass seitens der Dienstgeber manchmal versucht wird, schon die Gründung einer Personalvertretung zu verhindern, oder Personalvertretern ihre Rechte verweigert werden, wie etwa Informationen, Mitwirkungsrechte, Dienstfreistellungen für Schulungen usw.

**Erika Edelbacher:** Wenn die Musikschule Teil der Hoheitsverwaltung ist, sind die Musikschullehrer normalerweise eingebettet in die Personalvertretung der Gemeinde. Wenn es einen Zentralausschuss gibt, kann dieser die Musikschule jedoch auch als eigenen Betrieb herausstellen, der eine eigene Personalvertretung wählen kann - selbstverständlich als Teil des Zentralausschusses und damit der Personalvertretung der gesamten Gemeinde. Die Gründung einer Personalvertretung darf jedenfalls laut Personalvertretungsgesetz nicht verhindert werden. Wenn sich niemand findet, der diese Funktion übernehmen möchte, ist das etwas Anderes.

**Christian Pandion:** Leider trauen sich viele Musikschullehrer nicht, Probleme anzusprechen. Ich schlage meinen Personalvertretern daher meist vor, dass wir gemeinsam zum Dienstgeber gehen, da sie nicht alleine hingehen möchten und es auch keinen Sinn hat, wenn ich allein ihre Anliegen vorbringe. Aufgrund der bereits angesprochenen Schwierigkeiten mit der Stundeneinteilung ist die Hemmschwelle möglicherweise bei Musikschullehrern größer. Es ist einfach etwas Anderes, ob man einem fixen 40-Stunden-Job nachgeht, oder ob man von Anmeldungen oder auch der Zuteilung geeigneter Räumlichkeiten abhängig ist. Diese Situation ist in der Praxis wirklich schwierig. Aber die Möglichkeit, eine Personalvertretung zu gründen, kann niemandem abgesprochen werden.

**Martina Glatz:** Dann müssten es eigentlich jene Kollegen leichter haben, die in einem bestehenden Personalvertreterausschuss einer Gemeinde unterkommen, oder?

**Christian Pandion:** Ich möchte nichts ausschließen: Wieso soll es nicht auch funktionieren, eine eigene Personalvertretung zu gründen!? Aber eine Interessensvertretung im Rahmen eines Personalvertreterausschusses gerade einer größeren Gemeinde funktioniert normalerweise gut. Wenn wir zum Bürgermeister gehen, hat das schon Gewicht!

**Martina Glatz:** Eine Kollegin hat mir in diesem Zusammenhang eine ausformulierte Frage geschickt, die ich hiermit wörtlich weiterleiten möchte, indem ich sie vorlese: *Ein österreichischer Fernsehsender wäre u.a. beinahe deswegen aufgelöst worden, weil die Gründung eines Betriebsrates überlegt wurde. Argumentiert wurde die Gegenwehr auch damit, dass der Sender jegliche politische Einflussnahmen verhindern wollte. Ist es nicht schrecklich, dass ein Betriebsrat im Bild der Öffentlichkeit mit politischer Einflussnahme verknüpft wird? Aus anderen Ländern kennen wir: MitarbeiterInnen wollen einen Betriebsrat gründen und werden unter vorgeschobenen Gründen z.B.*

*gekündigt, um das zu verhindern. Die restliche Belegschaft wird dadurch so verunsichert, dass sie keine weiteren Schritte mehr wagt. Wie kann gegen solche Tendenzen vorgegangen werden?*

**Erika Edelbacher:** Solche Tendenzen gibt es leider immer wieder. Wer in der Privatwirtschaft eine Firma gründet und alleiniger Inhaber dieser Firma ist, kann sie leider auch jederzeit wieder schließen. In dem angesprochenen Fall waren Arbeiterkammer und Gewerkschaft scheinbar vorsichtig - ich habe keine näheren Informationen über die Hintergründe - damit es nicht wirklich zu einer Schließung kommt und über 200 Leute auf der Straße stehen. Darin unterscheidet sich die Privatwirtschaft vom öffentlichen Bereich. Parteipolitisch kann man einen Betriebsrat jedenfalls nicht sehen – ebenso wenig wie eine Personalvertretung: Wenn sich eine Personalvertretung oder ein Betriebsrat nicht schon in der Listengestaltung zu einer Fraktion bekennt, gibt es überhaupt keinen parteipolitischen Hintergrund! Eine Personalvertretung kann mit jedem x-beliebigen Namen als Namensliste kandidieren. Das hat mit Parteipolitik ganz sicher nichts zu tun! Das hat der Firmenchef in der Berichterstattung halt offenbar in den Vordergrund gestellt, weil das irgendwie anschaulich oder griffig ist.

**Christian Pandion:** Das ist auch der Unterschied zwischen Gewerkschafts- und Personalvertretungsarbeit. Wir wollen als Gewerkschaft Verbesserungen auf dienst- und besoldungsrechtlicher Ebene verhandeln. Das kann eine Personalvertretung nicht machen. Darum ist es auch so wichtig, möglichst viele Bedienstete zur Gewerkschaft zu bringen. Denn nur die kann politisch wirken.

**Martina Glatz:** Das waren im Grund ohnehin schon die Antworten auf meine nächste Frage, was die Musikschullehrer zu ihrer eigenen Sicherheit und Zufriedenheit und zur Gemeinschaft beitragen können!

**Erika Edelbacher:** Es gibt auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Gewerkschaften. Während in anderen Gewerkschaften Ausschüsse aus Betriebsratsmitgliedern beschickt werden, haben wir bei der ehemaligen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (jetzigen Younion) eine „Urwahl“. Gleichzeitig mit der Personalvertretungswahl findet die Ortsgruppenwahl statt. Ein und derselbe Kollege kann als Personalvertreter kandidieren, ohne sich politisch zu deklarieren, und gleichzeitig als Gewerkschaftsvertreter bei der Ortsgruppenwahl - wahrscheinlich für eine Fraktion. Damit wählen wir die Gewerkschaftsausschüsse direkt an der Basis. Das ist ein entscheidender Unterschied zwischen Betriebsräten und Personalvertretungen.

**Martina Glatz:** Dieses System sollte den Musikschullehrern ja grundsätzlich entgegenkommen. Denn die meisten wollen lieber nichts mit Parteipolitik zu tun haben. Gibt es abschließend noch etwas, das ihr den Musikschullehrern gerne sagen möchtet?

**Christian Pandion:** Wie streben einen möglichst breiten Kontakt an! Und wir würden gerne wissen, wie wir den bekommen?

**Martina Glatz:** Wir vom Musikschullehrerausschuss versuchen seit Jahren, möglichst viele Kollegen zu erreichen! Die Ausgangsposition war, dass viele Musikschullehrer gar nicht gewusst haben, dass eine Gewerkschaft für sie zuständig ist, geschweige denn welche, oder wer ihre Ansprechpersonen sind. Unsere Hauptaufgabe in den letzten Jahren war nach meinem Dafürhalten und dem Empfinden vieler meiner Kollegen in erster Linie Information. In diesem Sinn vielen herzlichen Dank, dass ihr mit diesem Gespräch dazu beigetragen und euch so ausführlich Zeit genommen habt!



## KONTAKTE

Geschäftsführender Landesvorsitzender

Christian Pandion

+43 (0)2742 333-1100

[christian.pandion@st-poelten.gv.at](mailto:christian.pandion@st-poelten.gv.at)

**Ansprechpartner Landesgruppe Niederösterreich:**

[http://www.younion.at/cms/C01/C01\\_13.1/das-sind-wir](http://www.younion.at/cms/C01/C01_13.1/das-sind-wir)

Musikschulausschuss-Vorsitzende

Mag. Martina Glatz

+43 664 6145370

[martina.isabel.glatz@gmail.com](mailto:martina.isabel.glatz@gmail.com)

**Ansprechpartner Musikschulausschuss:**

[http://www.younion.at/cms/C01/C01\\_13.4.5.1/ausschuesse/musikschulen/das-sind-wir](http://www.younion.at/cms/C01/C01_13.4.5.1/ausschuesse/musikschulen/das-sind-wir)



## FACHAUSDRÜCKE & ABKÜRZUNGEN

ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund Dachverband von 13 Einzelgewerkschaften, darunter auch die „Younion - die Daseinsgewerkschaft“ <a href="http://www.oegb.at">www.oegb.at</a>
Younion	neuer Name für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe = jener Gewerkschaft, die unter anderem für uns Musikschullehrer in Niederösterreich zuständig ist <a href="http://www.younion.at/noe">www.younion.at/noe</a>
FSG	Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (SPÖ = ‚rot‘) <a href="http://www.fsg.at">www.fsg.at</a>
FCG	Fraktion Christlicher Gewerkschafter (ÖVP = ‚schwarz‘) <a href="http://www.fcg.at">www.fcg.at</a>
Fraktion	politische Gruppierung
Jugendvertrauensrat	Interessensvertretung für Lehrlinge und junge Arbeitnehmer/innen
Betriebsrat	Arbeitnehmervertretung in Betrieben
Personalvertretung	Interessensvertretung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in unserem Fall in Gemeinden oder Musikschulen selbst. Ein Personalvertreterausschuss besteht je nach Anzahl der Bediensteten aus mindestens drei Mitgliedern, einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und einem Schriftführer. Informationen zur Gründung einer Personalvertretung insbesondere in Musikschulverbänden unter: <a href="http://www.younion.at/cms/C01/C01_13.4.5.5/ausschuesse/musikschulen/pv-broschuere">http://www.younion.at/cms/C01/C01_13.4.5.5/ausschuesse/musikschulen/ pv-broschuere</a>
Zentralausschuss	übergeordneter Personalvertreterausschuss in größeren Gemeinden bzw. Städten, in denen es mehrere eigene Personalvertreterausschüsse in verschiedenen Dienststellen der Gemeinde gibt (z.B. Musikschule, Bauhof, ...)
Liste	Zusammenschluss von Kandidaten z.B. für eine Personalvertretungswahl
Namensliste	Liste ohne Zugehörigkeit zu einer parteipolitischen Fraktion, die sich selbst jeden x-beliebigen Namen geben kann
Personalvertreter	Mitglied des gewählten Personalvertretungsausschusses, Interessensvertreter aller Bediensteten einer Gemeinde oder Musikschule (Gewerkschaftsmitgliedschaft <b>n i c h t</b> erforderlich!)
Gewerkschaftsvertreter	Vertreter der Gewerkschaftsmitglieder einer Ortgruppe (also einer oder mehrerer Gemeinden)
Ortsgruppe	Ausschuss der Gewerkschaftsvertreter einer oder mehrerer Gemeinden, basisdemokratisch gewählt

Bezirksgruppe	Ausschuss auf Bezirksebene, der sich aus allen Ortsgruppen innerhalb eines politischen Bezirkes ergibt
Landeskonferenz	landesweites Gremium, das sich aus den Ortsgruppenvertretern zusammensetzt
Landesvorstand	wird bei der Landeskonferenz gewählt (früher Landesleitung)
Landespräsidium	legislatives Organ des Landesvorstands, das die laufenden Geschäfte führt
Landesvorsitzender	im vorliegenden Fall Leiter der Landesgruppe Niederösterreich, wird von der Landeskonferenz gewählt
Funktionär	jemand mit einer Funktion (Vorsitzender, Schriftführer, ...) in irgendeinem Gremium, egal auf welcher Ebene
Mitglieder	„gewerkschaftliche organisierte“ Bedienstete, die eine Mitgliedsanmeldung abgegeben haben und 1 Prozent ihres Bruttoeinkommens als Mitgliedsbeitrag leisten.  Informationen über die Leistungen der Gewerkschaft: <a href="http://www.younion.at/cms/C01/C01_6/sei-dabei">http://www.younion.at/cms/C01/C01_6/sei-dabei</a>  Anmeldeformulare: <a href="http://www.younion.at/cms/C01/C01_13.5/formulare-unterlagen">http://www.younion.at/cms/C01/C01_13.5/formulare-unterlagen</a>  Mitgliederverwaltung: Cornelia Gaudera +43 (0)1 31316-83701 <a href="mailto:cornelia.gaudera@younion.at">cornelia.gaudera@younion.at</a>
Kommune	Gemeinde
Hoheitsgebiet	Einflussbereich in diesem Fall der Verwaltung einer Gemeinde
Geschäftsordnung	Bestimmungen, die die Organisation etwa einer Gemeinde regeln, vom Gemeinderat beschlossen werden
GVV	Gemeindevertreterverband Interessensvertretung für die Kommunalpolitiker des Landes ÖVP: <a href="http://www.vp-gvv.at">www.vp-gvv.at</a> (Präsident: LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Grafenwörth) SPÖ: <a href="http://www.gvvnoe.at">www.gvvnoe.at</a> (Präsident: LAbg. Bgm. Rupert Dworak, Ternitz)
Dienstgeber	in Gemeinden: Bürgermeister in Musikschulverbänden: Verbands-Obmann/-Obfrau (gleichzeitig Schulerhalter)
Dienstrecht	gesetzliche Bestimmungen zu Rechten und Pflichten von Dienstgebern und Dienstnehmern, z.B. zu Dienstverträgen, Arbeitszeit usw. usf. NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1967 § 46 (und unzählige weiterführende Bestimmungen ...)
Besoldungsrecht	gesetzliche Regelungen zur Bezahlung: Monatsentgelt, Einstufung, Einreihung, ...